

## Bern

# Zähes Ringen endet mit einem ausgeglichenen Budget

Der bernische Grosse Rat hat viele umstrittene Sparmassnahmen bewilligt - zum Beispiel beim Verkehr.



Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) warb mit der Waage als Symbol dafür, dass das Kantonsbudget für das nächste Jahr im Lot bleibt. Foto: Adrian Moser

## Simon Wälti

Der Grosse Rat ist gestern nicht mehr von seinem Sparkurs abgewichen und hat das Budget für das nächste Jahr mit einem Überschuss von 2,1 Millionen Franken mit 96 Ja zu 55 Nein bewilligt. Abgelehnt wurde der Voranschlag von linker und grüner Seite. Damit bleibt es bei einem einzigen Ausschere. Die Kürzung bei den Schülertransporten in der Höhe von 3 Millionen Franken, welche etwa 150 Gemeinden betroffen hätte, wurde abgelehnt (siehe «Bund» von gestern). Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) dankte dem Rat dafür, dass er insgesamt standhaft geblieben war. Simon hatte die Parlamentarier gebeten, Einzelinteressen zurückzustellen. Der Budgetmarathon dauerte wegen zahlreicher Anträge zum umstrittenen Sparpaket geschlagene 13 Stunden.

## Stadt-Land-Graben beim Verkehr

Gestern ging es noch um die Bereiche Gemeinschaftszentren, Psychiatrieversorgung und öffentlicher Verkehr. Dabei drohte ein Graben zwischen Stadt und Land aufzubrechen. Grund dafür war ein Antrag von Ueli Augstburger (SVP, Gerzensee). Dieser wollte die Abstriche beim Busangebot in ländlichen Gebieten nicht hinnehmen. Stattdessen sollten die 300 000 Franken zusätzlich durch eine Reduktion der Tramfrequenzen in der Stadt Bern aufgefangen werden. «Solange noch nicht gemäht ist, kann man noch diskutieren, wo gemäht werden soll.» Im Stadtgebiet gehe es nur um eine Komforteinbusse, in ländlichen Gebieten aber um den Wegfall von Verbindungen. Im Sparpaket ist aber bereits ein Posten von 410 000 Franken vorgesehen, der zu einer Ausdünnung auf den Tramlinien 7 und 8 führen wird. Augstburger sprach zwar von Verhältnismässigkeit und davon, dass es nicht um ein Aufreissen eines Grabens zwischen Stadt und Land gehe. Diese Beteuerungen stiessen aber nur bedingt auf Glauben.

## Einsparungen tun weh

Nadine Masshardt (SP, Bern), welche die Sparmassnahmen ohne Kompensation verhindern wollte, bezeichnete den Antrag als «höchst gefährlich». Die Mehrheit der Menschen in der Stadt Bern hätten kein Auto, sie profitierten also nicht von den tieferen Autosteuern, die das Stimmvolk beschlossen habe. Die Massnahmen beim öffentlichen Verkehr seien

als Gesamtes abzulehnen. «Es handelt sich um eine Kurzschlussreaktion.» Es sei falsch, die ÖV-Benutzer zu strafen. Die Fahrpläne für das Jahr 2013 seien längst erstellt. Regierungsrätin Barbara Egger (SP) rief dazu auf, nicht Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. «Es gibt keine Einsparung, die niemandem wehtut.» Bei den Buskursen sind jeweils nur etwa 5 bis 20 Personen betroffen, bei den Tramlinien sind es etwa 5000 Passagiere pro Stunde.

Unterstützung in der Argumentation erhielt die linke Seite für einmal auch von der SVP. Thomas Rufener, Stadtpräsident von Langenthal, wollte die Kürzungen beim ÖV-Angebot ebenfalls verhindern - es handelt sich netto um 540 000 Franken für die Kantonskasse - und stattdessen weniger Geld beim Gebäudeunterhalt ausgeben. Die Kürzungen seien unverhältnismässig und könnten wohl erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 umgesetzt werden, was zu aufwendigen Fahrplananpassungen führe. «Unter dem Strich wird das kaum eine Einsparung bewirken.» Zudem

werde das ÖV-Angebot für die Jahre 2014 bis 2017 in der Märzsession behandelt.

## Keine «unheilige» Allianz

Es zeigte sich jedoch, dass das Sparen beim Gebäudeunterhalt nicht so einfach ist wie gedacht. Die Produktgruppe Liegenschaften umfasst zwar über 320 Millionen Franken, davon ist aber der Hauptharst durch Zinsen, Abschreibungen und Gebäudemieten gar nicht beeinflussbar. Letztlich müsste die halbe Million deshalb noch bei einem Restbetrag von 9 Millionen eingespart werden. Was wohl auf Kosten des Personals ginge.

Aus diesen Gründen versagten FDP und BDP der SVP die Gefolgschaft. «Die Anträge sind verlockend, aber nicht tauglich», sagte Jakob Etter (BDP, Treten). Man wolle nicht am Schluss noch Pfusch abliefern, erklärte Hans Rudolf Feller (FDP, Steffisburg). Da sowohl Links-Grün wie auch die SVP die Sparmassnahmen beim ÖV ablehnten, wäre eine Mehrheit möglich gewesen. Die SP wollte aber nicht einen Antrag unterstützen, dessen Auswirkungen unklar

waren. Der Antrag Rufener wurde deshalb mit 84 zu 67 Stimmen abgelehnt.

Dass Sparen manchmal auch wider besseres Wissen erfolgte, zeigten die Diskussionen bei der Psychiatrieversorgung. Adrian Kneubühler (FDP, Nidau) fand, dass dieser Sparauftrag wohl der härteste sei, weil er mittelfristig negative Folgen habe. Die FDP trage die Massnahme nur widerwillig mit. Ähnlich äusserte sich die BDP, weil die Massnahme der Strategie ambulant vor stationär zuwiderlaufe. Laut Roland Näf (SP, Muri) sind Leute in Tageskliniken betroffen, die durch die Massnahme möglicherweise stationär behandelt werden müssen. Die stationäre Behandlung ist aber teurer, sodass sich der Spareffekt ins Gegenteil verkehren könnte. Trotzdem bleibt die Massnahme im Sparpaket im Umfang von 110 Millionen Franken.

Der Grosse Rat beschloss zudem auch, bei den Gemeinschaftszentren in Bern, Biel und Burgdorf zu sparen. Falls die Städte den Wegfall der Unterstützung nicht ausgleichen, kommt es zu einem Angebotsabbau.

## Budget 2013

Investitionen zurückgefahren

Baudirektorin **Barbara Egger** (SP) wehrte sich heftig gegen den Antrag der Finanzkommission, bei den Investitionen im nächsten Jahr weitere 50 Millionen Franken einzusparen. Der Regierungsrat hatte eine Plafonierung auf 500 Millionen Franken beschlossen. Investitionen verbesserten die Wirtschaftskraft eines Kantons und seien wichtig für das Wachstum. Eine weitere Kürzung sei für eine ausgeglichene Rechnung nicht erforderlich. «Das ist eine Abstrafung der Baudirektion», sagte Egger. Es sei falsch, auf Kosten der Substanz und der Unternehmen im Kanton Bern zu sparen. Wer heute die Investitionen vernachlässige, zahle überdies später einen höheren Preis.

**Mathias Tromp** (BDP, Bern), Sprecher der Finanzdirektion, wies darauf hin, dass der Plafond der Investitionen seit 2005 stark angestiegen sei. Hier habe der Kanton Bern «Gas» gegeben. Das wirke sich durch Zinsen und Abschreibungen jeweils auch auf die laufende Rechnung aus. Der Antrag wurde vom Grosse Rat mit **90 zu 54 Stimmen** klar angenommen. Die Einsparungen sollen nach dem Willen der Finanzkommission vor allem bei Ausbauten und Sanierungen von Kantonsstrassen erfolgen. (wa)

## Staatspersonal

### Nationalbank als Rettungsanker

Mit dem Sparpaket wurde auch eine leichte Lohnerhöhung gekippt. Nun hofft man auf eine höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank.

Vielleicht hatte die Finanzkommission ja ein schlechtes Gewissen wegen der vielen Sparmassnahmen. Auf jeden Fall gelang es SP-Grossrat Matthias Burkhalter, die Mitglieder der Kommission zu überzeugen, das Fell eines Bären, der notabene noch nicht einmal erlegt ist, zu verteilen. Der Geschäftsführer des Staatspersonalverbands spekulierte, dass die Nationalbank in diesem Jahr dank der hohen Gewinne im besten Fall bis zu 5 Milliarden Franken an die Kantone ausschütten könnte. Das würde bedeuten, dass der Kanton Bern bis zu 400 Millionen Franken mehr erhielte. Die Finanzkommission möchte davon wiederum 44 Millionen Franken für das Personal einsetzen - so wie das im ursprünglichen Budget auch vorgesehen war. Es

würde sich um eine Lohnerhöhung in der Höhe von 0,5 Prozent handeln. Das Vorhaben wurde auch von der BDP als sympathisch bezeichnet. Und auch Regierungsrätin Beatrice Simon zeigte sich nicht abgeneigt.

## Zuerst das Defizit decken?

So wurde der Vorstoss mit 101 zu 39 Stimmen überwiesen, allerdings erfolgte die Zustimmung in der abgeschwächten Form eines Postulats. Falls die Nationalbank-Gewinne den budgetierten Betrag von 83 Millionen überschreiten, soll das Geld dem Personal zugutekommen. Das Personal sollte sich aber nicht zu früh Hoffnungen machen. Da sich in diesem Jahr voraussichtlich ein Defizit von über 400 Millionen Franken ergeben wird, würden zusätzliche Mittel wohl zuerst zur Deckung des Defizits verwendet. «Falls etwas übrig bleibt, setzen wir dies gerne für das Personal ein», sagte Simon. Ob es eine dauerhafte Lohnerhöhung sein würde oder allenfalls auch nur eine einmalige Prämie, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar. (wa)

Anzeige

**Jacques Britt**

**ZWALD**  
HERRENMODE

Neuengasse 23 • 3000 Bern 7  
Tel. 031 311 22 33 • www.zwald.ch

## Start zum Sparen neben dem Budget

Der Kanton soll weniger Geld für Evaluationen und externe Gutachten ausgeben. Der Grosse Rat nahm gestern eine Motion an, die verlangt, dass in den Direktionen auf mindestens die Hälfte der Evaluationsprojekte im Bereich Qualitätsmanagement verzichtet werden muss und die Ausgaben für externe Beratung um 20 Prozent gekürzt werden müssen. Der Vorstoss aus den Reihen der SP fand breite Zustimmung, er liege ganz auf der Linie der bevorstehenden Aufgaben- und Strukturüberprüfung. Die Finanzdirektorin wehrte sich gegen das Sparen beim Evaluieren, weil der Verzicht um die Hälfte nicht realistisch sei. Bei den externen Beratungen will der Kanton aber bereits 2013 sparen. Im Budget wurden die externen Dienstleistungen um 15 Prozent gekürzt, was eine Einsparung von knapp 4 Millionen Franken bedeutet. Die SP bezeichnete den Vorstoss als Startschuss zur Spardiskussion ausserhalb der Budgetdebatte. (ba)

## Grosse Erwartungen in Aufgaben- und Strukturüberprüfung

Nach der langen Budgetdebatte war der Grosse Rat nicht zu müde, auch noch über den Finanzplan 2014-2016 zu diskutieren, obwohl dieser nur zur Kenntnisnahme vorlag. Im Moment ist im Finanzplan ein Defizit von jeweils 250 bis 300 Millionen Franken vorgesehen. Diese Fehlbeträge will die Regierung aber mit der bevorstehenden Aufgaben- und Strukturüberprüfung noch bereinigen. Und auf das Einsparen des strukturellen Fehlbetrags zielen denn auch die umstrittenen Planungserklärungen ab. Währenddem die SP den Regierungsrat verpflichten wollte, auch Kompensationen auf der Einnahmeseite vorschlagen zu müssen, versuchte die SVP gerade zu verhindern, dass bereits jetzt über Steuererhöhungen gesprochen wird. Die SP zog ihren Antrag zurück, derjenige der SVP wurde angenommen. Die SVP räumte aber ein, dass Steuererhöhungen wohl dann ein Thema werden könnten, wenn die Konsequenzen aus der Strukturüberprüfung alleine nicht für ausgeglichene Budgets ohne Neuverschuldung reichen. Die Parlamentarier haben grosse Erwartungen an die bevorstehende Aufgaben- und Strukturüberprüfung. Finanzdirektorin Beatrice Simon warnte aber, es sei offen, ob man dies in einem Jahr überhaupt schaffe. (ba)

Anzeige

**KONSTANTIN WECKER**

MI, 05.12.2012, 20 Uhr, Tonhalle St.Gallen  
DO, 06.12.2012, 20 Uhr, Theater National Bern

Vorverkauf: Alle Ticketscorner-Stellen, Die Post, Coop City, Manor und SBB-Billettschalter  
Weitere Veranstaltungen und Tickets:  
www.dominoevent.ch